

Das Verhältnis zwischen dem „Westen“ und dem postsowjetischen Raum als Konvergenz des Autoritären

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Belarus, der Ukraine, Armenien und zuletzt Kasachstan zeigen die die Instabilität des postsowjetischen Raumes (der hier mit dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion identifiziert werden soll), wie er unter dem Einfluss eines hochkomplexen Kräfteverhältnisses in der Region entstanden ist. Selbst die scheinbar stabilen und in die westlichen Bündnissysteme integrierten Staaten des Baltikums nehmen Entwicklungen, die langfristig gesehen einen anderen Herrschaftsmodus hervorbringen, als wir ihn in den Staaten West und Südwesteuropas bisher kannten. Der Aufstieg Chinas zu einer zunehmend eigenständig agierenden Wirtschaftsmacht mit einem staatskapitalistisch strukturierten Gesellschaftssystem, die Befestigung theokratischer oder teilweise theokratischer kapitalistischer Regionalmächte wie Iran, Saudi-Arabien oder der Türkei, sowie die nicht-bürgerlich-kapitalistischen Regime in Polen oder Ungarn (die in dieser Hinsicht durchaus Ähnlichkeiten mit dem postsowjetischen Raum aufweisen) bilden weitere Modifikationen der Kapitalismen, wie wir sie kannten und verändern Gewicht und Charakter dieser Akteure in den internationalen Beziehungen. Es sind diese augenfälligen Unterschiede, die in Theorie und in politischer Praxis meist Bezugspunkt der Überlegungen und Entscheidungen sind. Demgegenüber spielen die Gemeinsamkeiten kaum eine Rolle. Sowohl der postsowjetische Raum als auch die Europäische Union sind z.B., wenn auch in unterschiedlichem Maße, mit gesellschaftlich desintegrierenden Tendenzen konfrontiert. Die Verschiebung der realen Machtverhältnisse in den internationalen Beziehungen verändern die Bedeutung und das Gewicht der verschiedenen Politikbereiche im Innern und damit die Art, wie ökonomische, militärische und ideologische Macht realisiert werden können. Verändern sich die Akteure, müssen die Beziehungen zwischen ihnen ebenfalls verändert werden. Die in den Jahren 2021/2022 zu verzeichnende dramatische Verschärfung der Beziehungen zwischen der EU und USA auf der einen und Russland und Belarus auf der anderen Seite sind ein Moment dieser Versuche der Neuordnung der internationalen Kräfteverhältnisse. Nüchtern betrachtet reagieren die traditionell sich auf ein etabliertes Bürgertum stützenden „alten“ kapitalistischen Gesellschaften auf diese Entwicklungen hilflos, wenn auch mit Gewalt. Das Scheitern praktisch aller Militärinterventionen im Nahen

Osten, in Afghanistan oder auch in afrikanischen Ländern ist dafür ein äußeres Zeichen. Sie sind ein Indikator dafür, dass im Selbstbild dieser Gesellschaften und Staaten alte imperiale Weltbilder weiterhin dominieren. Dieses konservativ-traditionalistische Selbstverständnis verdeckt, welche Wirkungen die Veränderungen in den eigenen Gesellschaften auf die internationalen Beziehungen ausüben und wie die Veränderungen in der Welt auf die eigenen Gesellschaften zurückwirken. Bei allen Differenzierungen, die zwischen West und Ost, Nord und Süd bestehen, haben wir es nach 1991 doch überall mit unterschiedlichen Formen von Kapitalherrschaft zu tun; von Herrschaft, die durch internationale Arbeitsteilung und einer forcierten finanzkapitalistischen Verflechtung zu einem Ganzen geworden ist. Das lässt es gerechtfertigt erscheinen, die Frage zu stellen, ob der postsowjetische Raum ein Spiegel für die Zukunft des Westens ist und nicht einfach Manövriermasse in den Auseinandersetzungen mit China und dem größten Teil dieses Raumes selbst, Russland. Es ist die Frage nach dem Gemeinsamen in den Unterschieden.

Der Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist vor diesem Hintergrund die These, dass die Widersprüche in der Politik der EU gegenüber den Staaten des postsowjetischen Raumes Ausdruck des Kampfes zwischen unterschiedlichen Formen der Machtausübung in einem einheitlichen System spätkapitalistischer Ordnung darstellen. Die Unterschiede zwischen diesen Formen berühren nicht das Wesen der Sache. Damit erhält aber die Bekräftigung einer ideologisch wehrhaften Selbstlegitimation eine enorme Rolle, um in der eigenen Gesellschaft einen Konsens im Verhältnis zum Außen erzwingen zu können. Um dies zu bewerkstelligen, müssen die Unterschiede zwischen den Regimes in Ost und West betont und ihre Gemeinsamkeiten verdeckt werden. Nur so ist es möglich im Westen wie im Osten die Fiktion nationaler Interessenharmonie aufrecht zu erhalten. In der EU wird dabei an die tradierte Kolonialmentalität angesetzt; die Vorstellung, man sei jeweils selbst Zentrum, der Rest der Welt Peripherie. Freilich kollidiert dieses Bild allzu deutlich mit der Realität. Die Überlegenheit gegenüber den „Anderen“ muss auf einem anderen Gebiet bestimmt werden. Die „wertebasierte Außenpolitik“ ist in diesem Kontext die Flucht nach vorn, der Versuch, relative wirtschaftliche Schwäche zu kompensieren. Die Moral soll der Hebel werden, um die aufstrebenden Konkurrenten gefügig zu halten, indem genehme soziale Gruppen als Partner in Entscheidungspositionen geschoben werden sollen. Die Rede ist hier nicht von den üblichen Versuchen, durch klassische Instrumente der ideologischen Diversion (über

Medien, Falschmeldungen usw.) Einfluss auf den Kontrahenten zu nehmen. Es geht vielmehr um die aus politischen Entscheidungen und ökonomischen Strukturen resultierende, damit wenig sichtbare Interaktionen. Um sowohl das Gemeinsame als auch die Unterschiede verstehen zu können, muss man den Ansatz, Staaten als gegebene homogene Faktoren internationaler Beziehungen zu betrachten allerdings verlassen und die ihre Gesellschaftlichkeit bestimmenden innere Widersprüchlichkeit in den Blick nehmen. Die Interessen der verschiedenen sozialen Klassen und Gruppen innerhalb Deutschlands, Russlands, der Ukraine oder Kasachstans sind keinesfalls mit denen der Regierung identisch. Werte sind auch Widerspiegelung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der jeweiligen Interessenkonstellationen. Es muss also für das Verständnis der Interaktionen zwischen dem „Westen“ und dem postsowjetischen Raum die Frage untersucht werden, woher die reklamierten Werte kommen.

Gewöhnlich wird gesagt, dass das westliche Modell ein liberales Modell ist. Was heißt das jedoch heute? In erster Linie gründet sich der westliche Kapitalismus auf die Prinzipien der Freiheit der Kapitalbewegung und auf die Rechte des bürgerlichen Menschen. Tatsächlich waren die bürgerlichen Menschenrechte nicht nur eine Ideologie, sondern auch eine wichtige Triebkraft der ökonomischen und sozialen Entwicklung. Die Organisation der Gesellschaft nach dem Prinzip der bürgerlichen Demokratie schuf schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Raum für verhältnismäßig friedliche Formen der Lösung sozialer Widersprüche. Gleichzeitig wurde auf diese Art und Weise die Grundlage für die Kolonialpolitik und die Ausbeutung sogenannter nicht entwickelter Staaten und Gesellschaften geschaffen. Es existierten immer eine Hierarchie der Menschenrechte und unterschiedliche Formen des Autoritarismus; so etwa im Verhältnis zur Arbeiterbewegung, zu Gewerkschaften, in Beziehung auf unterdrückte Völker, Frauen usw. Jedoch unabhängig davon verwandelte sich die Ideologie der Universalität der Menschenrechte in ein Schlüsselmoment der Selbstbeschreibung, Identität und Legitimation des westeuropäischen bürgerlichen Systems. Der Erfolg dieser Formel verdrängte allerdings die Wurzeln der tatsächlich erreichten weitgehenden Universalität der Menschenrechte. Menschenrechte und Demokratie im Westen waren nie statisch, waren einer beständigen Entwicklung unterworfen, die allerdings in ihren Konsequenzen in der Ideologie nur beschränkt eine Widerspiegelung fand. Menschenrechte und Demokratie waren hier Resultat vor allem des

Kampfes der Arbeiterbewegung gegen das Kapital und den Staat. Die Handlungsfähigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter war die Voraussetzung für die Realisierung der Menschenrechte in dem Maße, wie wir sie in den Zeiten der Systemkonfrontation der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kannten. Der Sozialstaat war Ausdruck des erreichten Gleichgewichts der Kräfte zwischen Kapital und Arbeit. Die Sicherung der demokratischen Ansätze war untrennbar mit sozialen Rechten der Werktätigen, der Freiheit ihrer Organisation in Gewerkschaften, von der Fähigkeit des Staates, soziale Rechte zu garantieren, eine soziale Infrastruktur zu schaffen usw. verbunden. Die wechselseitige Durchsetzung von sozialen und bürgerlichen Rechten war ursächlich dafür, dass sich beide in einem Wertekanon klassenübergreifend verankern und die ideologische Seite des Wohlfahrtsstaates bilden konnten. Allerdings verselbständigte sich diese Ideologie sehr schnell gegenüber den Kämpfen um die Etablierung des sozialstaatlichen Kompromisses und verdrängte das Bewusstsein der dahinterstehenden tiefgehenden Interessenwidersprüche, die die bürgerliche Gesellschaft konstituieren. Sozialer Protest wurde schnell als die Gesellschaft destabilisierend delegitimiert. Die sozialen Menschenrechte erscheinen so als von den bürgerlichen abgeleitete, sekundäre. Dies wiederum entwaffnet insbesondere die Lohnabhängigen und Armen, nimmt ihnen politische und ideologische Handlungsfähigkeit. Anders sieht die Sache für den Privateigentümer aus – in dieser Hierarchie der Rechte und Werte ist die Freiheit unternehmerischer Tätigkeit als bürgerliches Recht a priori primär. Im neoliberalen Weltbild fixierte sich seit den 1970er Jahren diese Trennung und Hierarchisierung von bürgerlichen und sozialen Rechten und der jeweiligen Wertevorstellungen. Der Neoliberalismus kennt keine sozialen Rechte, die es erst den Lohnarbeitern und anderen wirtschaftlich Schwachen ermöglichen, ihre bürgerlichen Freiheiten wahrnehmen zu können. Wenn es in den klassischen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften (bisher) nicht zu solchen Umwälzungen, wie wir sie im postsowjetischen Raum sahen, kam, so lag das an anderen Kräfteverhältnissen, an kulturellen Momenten, historischen Erfahrungen und Traditionen, kurz am Milieu der Veränderungen. Allerdings bedeutet das bei weitem nicht, dass das Selbstbild dieser Gesellschaften sich damit änderte bzw. ändert, dass sie sich dieser Veränderung und ihrer Konsequenzen bewusst werden würden. Der selbst geschaffene Mythos und unhinterfragte Gewohnheiten verstellen den

Blick auf die Wirklichkeit – auch in Beziehung zu anderen Akteuren im nationalen wie im internationalen Rahmen.

Die Köpfe der politischen Umbrüche im heute postsowjetischen Raum fanden Anfang der 1990er Jahre also einen bereits neoliberal deformierten Sozialstaat als Referenz für die Umgestaltung der eigenen Gesellschaften vor. Mit der tatsächlichen oder faktischen Privatisierung der Wirtschaft und teilweise der sozialen Sicherung datiert eine gemeinsame Geschichte, die nicht mehr durch die Unterschiedlichkeit der sozialökonomischen Systeme, sondern durch die Konkurrenz im Rahmen eines gemeinsamen sozialökonomischen Systems bestimmt wird.

Während im „Westen“ die den sozialstaatlichen Kompromiss stabilisierenden Momente im Verlaufe der Jahre von 1990 bis 2010 enorm an Gewicht verloren, konnten sie im „Osten“ gar nicht entstehen. In keinem dieser Länder konnte eine selbständige ArbeiterInnenbewegung entstehen, wie sie im „Westen“ für die Konstituierung der dortigen Modelle des Kapitalismus entscheidend war. Dementsprechend fanden wohlfahrtsstaatlich orientierte Vorstellungen von Intellektuellen und Teilen des Unternehmertums nur in begrenztem Maße politisches Gewicht. Im „Westen“ wiederum verlor die ArbeiterInnenbewegung diese Selbständigkeit im Verlaufe der 1990er Jahre weitgehend. Eine neue Generation, die nicht mehr von den Erfahrungen der Nachkriegszeit und der sozialen Kämpfe der 1950er-Jahre geprägt war, nahm schrittweise die entscheidenden Positionen in den Entscheidungsprozessen aller politischer Richtungen ein. Die Gleichzeitigkeit des Zusammenbruchs von Realsozialismus und bolschewistisch-kommunistischer Bewegung, des Triumphes des Neoliberalismus und der Durchsetzung neuer Technologien und Geschäftsmodelle hatte für deren Weltbild und Wertekanon entscheidende Konsequenzen. Nach Innen erscheint der sozialstaatliche Kompromiss, nach Außen erscheinen Ideen der friedlichen Koexistenz verzichtbar. Neue technische Möglichkeiten der Kontrolle der Gesellschaft und der Kriegführung unterhalb der Schwelle zum Atomkrieg verleiten dazu, Konflikte auf repressive Weise bzw. mit Gewalt lösen zu wollen. Das Verschwinden der Traditionen der ArbeiterInnenbewegung, vor allem des Solidarischen und Internationalistischen, ließ deren politische Handlungsfähigkeit schwinden. Im Ergebnis des so möglich werdenden Um- und Abbaus des Sozialstaates begann der Staat bzw. ein Teil des Staatsapparates autoritäre Methoden der Regulierung der

sozialen Beziehungen und stärkerem Maße anzuwenden.¹ In Deutschland sind die Sozialreformen Anfang der 2000er Jahre, die von einer Regierung bestehend aus Sozialdemokraten und Grünen realisiert wurden, der entscheidende Wendepunkt. Die Rolle dieser beiden Parteien bzw. Strömungen, ihre Veränderungen im Verlauf der Neunzigerjahre des 20. Jahrhunderts, sind der vielleicht augenfälligste Ausdruck der Veränderung des Herrschaftsmodus.

Es ist nur scheinbar ein Paradox, dass diese Tendenz zu repressiveren Herrschaftsformen und Entsolidarisierung im Westen mit dem Ausbau bürgerlicher Rechte verbunden war und ist. Das betrifft Errungenschaften bei der Erweiterung der Rechte von Frauen, LGBT und andere Minderheiten, die Entwicklung neuer Formen direkter Demokratie, die selektive Stärkung von VerbraucherInnenrechten oder des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Auch bestehen immer noch vergleichsweise weitgehende Möglichkeiten, auf politische Entscheidungsprozesse, sei es in den verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung, sei es über soziale oder politische Organisationen, Einfluss zu nehmen. Tatsächlich wird so die Stellung des bürgerlichen Menschen als Individuum und unternehmerisches Subjekt gestärkt. Die aus der sozialen Ungleichheit resultierenden Begrenzungen der Möglichkeiten, diese Rechte auch wahrzunehmen, werden dabei z.T. bewusst, z.T. unbewusst, ignoriert. Real ist gleichzeitig die Stellung der Verwaltung (des Staatsapparates) gegenüber den BürgerInnen stärker geworden. Demokratie und Bürgerbeteiligung werden in dem Sinne verstanden, dass die Verwaltung die BürgerInnen beteiligt, nicht, dass die BürgerInnen die Verwaltung zur Lösung ihrer Probleme aktiv beeinflussen könnten, die Verwaltung also bei der Lösung ihrer Probleme beteiligt. Die Verwaltung bzw. deren Personal wäre auch auf eine wirkliche Ausweitung der Bürgerbeteiligung auch gar nicht mehr vorbereitet. Nach einer Ära von betriebswirtschaftlich orientierten Verwaltungsreformen fehlen dafür einfach die Ressourcen. Die Verschiedenartigkeit der Formen und die aus den „besseren Zeiten“ stammende Ideologie der Verfahren der BürgerInnenbeteiligung verschleiern diesen Umstand. Bis zum heutigen Zeitpunkt verbindet so das gesellschaftliche Bewusstsein unvereinbare Elemente des alten und neuen. Dementsprechend sind die kulturellen und ideologischen Grundlagen der

¹ Diese Tendenzen werden vor allem in dem jährlich erscheinenden Grundrechtebericht immer wieder belegt. Aktuell: Derin, Benjamin/Goerdeler, Jochen/Gössner, Rolf/Judith, Wiebke/et al. (Hrsg.) (2021). Grundrechte-Report. 2021, Frankfurt am Main: FISCHER Taschenbuch

heutigen Gesellschaften des Westens uneinheitlich, weniger stabil im Vergleich zur Situation 30 oder 35 Jahre zuvor. Diese Inhomogenität widerspiegelt eine Umverteilung der Macht in der Gesellschaft, den Verlust sozialer Errungenschaften.

Der neoliberale Umbruch schuf auch neue Subjekte politischen und sozialen Handelns. Die Desorganisationen der Arbeiterschaft wurde bereits erwähnt. Daneben vollzog sich auch eine weiterreichende Differenzierung, die Entstehung einer breiten Schicht prekär beschäftigter Menschen, Scheinselbständiger, oder auch dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossener. Der davon ausgehende soziale Druck veränderte auch den Charakter der sog. Mittelklasse. Wie die Inflation der 1920er Jahre und die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, die mit der Ruinierung der alten Mittelklasse und dem Aufstieg des Faschismus verbunden war, führten die neoliberale Konterrevolution und vor allem Privatisierung und Finanzialisierung zur Formierung einer „neuen“ Mittelklasse und zum Aufstieg eines neuen Autoritarismus, der sich in radikaler Weise im Aufstieg der AfD und der mit dieser verbundenen Massenbewegungen artikuliert. Dieser Autoritarismus speist sich aus zwei Quellen – aus den Veränderungen des Staates selbst und aus der Interessenlage der zunehmend prekären Lage weiter Teile der Bevölkerung. Da der entscheidende politische und ideologische Träger dieser Tendenz der Mittelstand, insbesondere das gehobene Kleinbürgertum ist, das wiederum starken Einfluss auf den Staatsapparat hat, droht die Gesellschaft in eine Spirale der Selbstverstärkung autoritärer Politikelemente bei Wahrung der demokratischen Form zu geraten.

Es zeigt sich, dass der Aufstieg des Autoritarismus im postsowjetischen Raum und die Veränderungen des Herrschaftsmodus in den Ländern der EU im Kern die gleichen Wurzeln haben:

erstens die Schwächung bzw. das Verschwinden der traditionellen ArbeiterInnenbewegung und einer radikalen Opposition,

zweitens die Privatisierung der sozialen und kulturellen Infrastruktur,

drittens die Schaffung eines Sektors prekärer Beschäftigung,

viertens die Absenkung des Niveaus der sozialen Absicherung überhaupt.

Wichtig ist dabei der Umstand, dass letztendlich die Maßnahmen, die die westlichen Berater den postsowjetischen Regimes Anfang der 1990er Jahre empfohlen hatten, und die den Autoritarismus im postsowjetischen Raum hervorbrachten, zehn Jahre später auch im Westen realisiert wurden. Die Unterschiede im Milieu, den historischen Voraussetzungen usw. spielten für diese BeraterInnen keine Rolle. Der Zusammenbruch des Realsozialismus einschl. des Zerfalls der Sowjetunion führte zu sozialen Differenzierungen, die den Idealen des Neoliberalismus zu entsprechen schienen – eine deregulierte Wirtschaft, ein dereguliertes Sozialsystem, machtlose Gewerkschaften, Privatisierungs- und Investitionsfreiheit, ein sozial schwacher, politisch-militärisch starker Staat. Allerdings war dies mit einem entscheidenden Problem verbunden – der fehlenden Fähigkeit des entstehenden Bürgertums zur „Selbstregulierung“, das ohne Tradition (40 Jahre bedeuten einen Generationenbruch) und als Schicht von Privatisierungsgewinnern entstand oder aus der Emigration (also auch ohne Wurzeln) importiert wurde.

Faktisch nähern sich beide Herrschaftsmodi von unterschiedlichen, gegensätzlich erscheinenden Seiten her einem Gemeinsamen an. Genauer – es geht um die Annäherung zweier Wege der Reaktion auf gleiche Herausforderungen wenn auch aus einer unterschiedlichen Stellung in den internationalen Beziehungen und der internationalen Arbeitsteilung. Genau darin besteht das Problem der Beziehungen der EU mit dem postsowjetischen Raum. Schritt für Schritt verwandelt sich die Situation in dieser Region in einen Spiegel der Zukunft des Westens. Die Betonung von antiautoritären Ansätzen in der Kritik seitens der EU gegenüber Gesellschaften im postsowjetischen Raum ist so letztendlich auf die Stabilisierung nach innen gerichtet.

Dabei werden folgende Ziele verfolgt:

- auf der einen Seite Kritik an der eigenen Politik und dem eigenen ökonomischen System seitens linker Kräfte mit dem Verweis auf den Autoritarismus in Russland und anderswo abzuwehren und gleichzeitig Forderung nach die Entmilitarisierung internationaler Beziehungen zu diskreditieren
- auf der anderen Seite den kleinbürgerlichen Autoritarismus, der durch seinen Nationalismus, migrationsfeindliche Positionen und auch offenen Terror die Stabilität des

gegebenen Akkumulationsmodells untergräbt, mit der Präsentation eines äußeren Feindes einzudämmen.

Unter diesem Gesichtspunkt führt die Konvergenz der Probleme im Westen und im postsowjetischen Raum dazu, dass Spannungen untereinander für beide Seiten vorteilhaft erscheinen. Beschuldigungen oder die beständige Betonung der diversen Fehlentwicklungen bei der jeweils anderen Seite verdeckt die autoritären Züge der eigenen Entwicklung. Berücksichtigt man diese Dynamik, so ist zu befürchten, dass maßgebliche Akteure in beiden hier betrachteten Räumen ein Interesse daran haben, die Kriegsgefahr in diesem Raum zu konservieren. Und dies trotz der in den Völkern mehrheitlich vorhandenen Ablehnung militärischer Aktionen. Letztendlich bedeutet das, dass der Ausweg aus der gegebenen Situation nicht von Regierungen abhängt, sondern von der inneren Opposition sowohl in der EU wie auch in den Ländern des postsowjetischen Raumes.

Freilich gibt es Faktoren, die diese Tendenzen durchaus modifizieren können. Dies betrifft allen Dingen die bereits angesprochenen Widersprüche zu Mächten wie China, Iran, Türkei oder Saudi-Arabien, genauso die kommerziellen Interessen und die Wirkung globaler Probleme. Doch ungeachtet dessen bleiben die Überwindung der autoritären Elemente und Formen von Herrschaft und der Kampf um die Gleichrangigkeit sozialer und bürgerlicher Rechte eine gemeinsame Aufgabe der Zivilgesellschaften in Ost und West. Anders werden Stabilität und Verlässlichkeit in Eurasien nicht zu haben sein.

Lutz Brangsch / Dezember 2021-Januar 2022